Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 241 — Dienstag, 24. Mai 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 58 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Ortszuschlag II. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

England über die deutsche Staatskrise

„Die Verfassung in schwerer Gefahr"

London, 24. Mai. Unter der fettgedruckten Ueberschrift „Die deutsche Verfassung in schwerer Gefahr" beschäftigt sich das Rothermere-Blatt **„Daily Mail"** in großer Aufmachung mit der preußischen Kabinettskrise. Das Unvermögen des preußischen Landtages, einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen, sei ein Wahrzeichen der Krankheit, die das Leben von Deutschland vergifte: Mangel an Einigkeit. Die Frage sei nicht mehr die, ob Dr. Brüning in Gefahr sei, sondern ob die gegenwärtige Regierungsform überhaupt noch aufrechterhalten werden könne. Ein Mitglied der Zentrumspartei äußerte sich dem Berliner Berichterstatter der „Daily Mail" gegenüber dahin, daß die Nationalsozialisten möglicherweise alles tun würden, eine Auflösung des Preußischen Landtages herbeizuführen in der Hoffnung, bei Neuwahlen die Mehrheit zu erhalten.

Moskau erlaube zur Zeit den Kommunisten nicht, den Nationalsozialisten zu helfen. Aber Moskau könne seine Ansichten ändern, wenn es denke, daß ein günstiger Augenblick für die deutschen Kommunisten gekommen sei, ihre Zahl im Parlament zu vergrößern.

„Daily Mail" meint hierzu, daß unter solchen Umständen eine Koalition zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum natürlich schwer durchzuführen wäre. Die Lösung der gegenwärtigen Krise werde möglicherweise eine Diktatur oder ein Dreimänner-Rat sein. Schleicher und Hitler würden den Apparat für eine diktatorische Regierung bereit und in bester Ordnung vorfinden. Die **„Times"** führt die Aeußerung der „DAZ." an,

daß selbst eine völlige Streichung der Tribute in Lausanne Brüning nichts mehr nützen werde, da das deutsche Volk die Tributstreichung schon als gesichert ansehe.

„Times" meint dazu, diese Aeußerung sei lehrreich im Vergleich mit der oft im Auslande geäußerten Meinung, daß eine endgültige Lösung der Tributfrage der Ungewißheit und dem Mißtrauen von heute ein Ende machen würde. Das Blatt vermerkt besonders die Aeußerung Straßers, der nächste Schritt der deutschen Außenpolitik müsse die Wiedergewinnung der Wehrhoheit sein. — Die liberale **„News Chronicle"** betrachtet demgegenüber die politische Lage in Deutschland als ruhig und spricht von einem innerpolitischen Waffenstillstand bis nach der Lausanner Konferenz. Hitler habe seine Hoffnung, Kanzler zu werden, scheinbar zurückgestellt und wolle Brüning noch eine Galgenfrist bis Ende Juni gewähren.

Der Preußenlandtag nicht arbeitsfähig?

Keine Einigung über das Präsidium

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Mai. Wie bereits verschiedentlich angekündigt, tritt heute Dienstag nachmittag 3 Uhr der vor 30 Tagen neugewählte Preußische Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Beratungen beginnen in einer Sphäre völliger Ungeklärtheit der politischen Verhältnisse. Ueber keines der zur Erörterung stehenden Probleme ist auch nur annähernd Klarheit geschaffen. Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum haben überhaupt nicht stattgefunden. Deshalb wird voraussichtlich die heutige erste Sitzung lediglich den Eröffnungsformalitäten gelten. General Litzmann, der nationalsozialistische Alterspräsident, dürfte eine kurze Ansprache halten und dann den Aeltestenrat einberufen, der voraussichtlich morgen Verhandlungen über die Wahl des Landtagspräsidenten einzuleiten versuchen wird. Für den Landtagspräsidentenposten, der in der preußischen Verfassung eine nicht unwichtige Rolle spielt, haben die Nationalsozialisten ihren Abg. Kerrl, die Sozialdemokraten den früheren Landtagspräsidenten Wittmaack aufgestellt. Die Kommunisten haben in aller Form schärfste Obstruktionspolitik angekündigt.

In den Wandelgängen wurde heute vor Beginn des Plenums die Frage erörtert,

ob der Landtag überhaupt arbeitsfähig sein werde, wenn eine Einigung zwischen den Parteien über die Wahl des Präsidiums nicht erfolgt.

Es steht fest, daß auf der Tagesordnung der zweiten Sitzung des Landtages die Wahl des Präsidiums stehen muß. Sollten die Nationalsozialisten es ablehnen, über diese Angelegenheit zu verhandeln, dann könnte entweder bei der zweiten Sitzung oder bei der endgültigen Wahl des Präsidiums nach vier Wochen das Haus beschlußunfähig gemacht werden, indem alle Parteien, von den Kommunisten bis zum Zentrum, sich nicht an der Stimmabgabe beteiligen. In diesem Falle würden die Rechtsparteien nur 209 Stimmen aufbringen, während für die Beschlußfähigkeit 212 Stimmen erforderlich sind. Nach jeder Feststellung der Beschlußunfähigkeit muß die Sitzung geschlossen werden, so daß vor endgültiger Besetzung des Präsidiums unter Umständen überhaupt keine ordentliche Plenarsitzung des Hauses stattfinden kann.

Die Nationalsozialisten lassen im „Angriff" ankündigen,

sie würden ohne Rücksicht auf die ihrer Auffassung nach verfassungswidrige Geschäftsordnungsänderung die Wahl des Ministerpräsidenten nach früheren Vorschriften vollziehen. Unter Umständen kann sich so das Schauspiel ergeben, daß der Landtagspräsident zur Wahl des Ministerpräsidenten schreiten läßt. Sollte dieser nationalsozialistische Plan durchgeführt werden, so werden unter Umständen Zentrum, SPD. und Kommunisten den Versuch machen, das Haus beschlußunfähig zu machen.

In den Vormittagsstunden waren in der Umgebung des Landtagsgebäudes noch keinerlei polizeiliche Absperrmaßnahmen erfolgt. Vor dem Haupteingang in der Prinz-Albrecht-Straße sieht man kleinere Gruppen von Fußgängern, die die kommenden parlamentarischen Ereignisse lebhaft erörtern.

Brüning spricht im Auswärtigen Ausschuß

Berlin, 24. Mai. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags trat am Dienstagvormittag unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Frick (Natsoz.) zusammen. Außer dem Reichskanzler nahmen auch Reichsverkehrsminister Treviranus und Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Bülow an der Sitzung teil. Reichskanzler Dr. Brüning ergriff sofort das Wort, um eine ausführliche Darstellung der hauptsächlichsten außenpolitischen Probleme zu geben: Genfer Verhandlungen, Tribute, ausländische Schulden, Abrüstung, Donauproblem, Memelland und Danzig.

Nach Beendigung der einstündigen Ausführungen des Reichskanzlers erhielt als erster Parteiredner der Abgeordnete Rosenberg (NS.) das Wort.

Notverordnungsdebatte im Haushaltausschuß

Berlin, 24. Mai. Der Haushaltausschuß des Reichstags erledigte am Dienstag zunächst Petitionen. Gegen die Behandlung neu eingegangener nationalsozialistischer Anträge erhob sich Widerspruch, weil die Anträge nicht vom Plenum eingebracht und von diesem dem Ausschuß überwiesen worden waren. Dann wurde die Aussprache über die Notverordnungen fortgesetzt.

Nach Beendigung der Aussprache wurden die Anträge der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten auf Aufhebung aller seit dem 1. Juli 1930 erlassenen Notverordnungen oder einzelner von ihnen mit 18 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Für die Aufhebung trat außer den Antragstellern auch die Deutsche Volkspartei ein.

In der vorangegangenen Aussprache hatte Abg. Morath (DVP.) die Zustimmung seiner Fraktion zu den Anträgen auf Aufhebung der Notverordnung begründet. Das Recht der Regierung zur Anwendung des Artikels 48 sei unbestritten. Aber die Regierung habe bei der Anwendung des Artikels 48 versagt. Sie gehe immer nur den Weg des geringsten Widerstandes.

Hindenburg am Sonnabend in Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Mai. Der Reichskanzler hat seine Ostpreußenreise abgesagt, da nunmehr feststeht, daß der Reichspräsident am Sonnabend, spätestens Sonntag nach Berlin zurückkehrt. Die Absage der Reise ist auch darauf zurückzuführen, daß die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages den heutigen und möglicherweise auch noch den morgigen Tag voll in Anspruch nimmt. Infolgedessen verzögern sich die Kabinettsberatungen um ein bis zwei Tage und mit ihnen auch der Abschluß der Arbeiten an der neuen Notverordnung.

Der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, wird indessen heute abend nach Neudeck reisen, um den Reichspräsidenten über die innerpolitische Lage zu informieren.

Vermutlich wird Staatssekretär Meißner dem Reichspräsidenten auch das Schreiben überbringen, das der Deutschen Beamtenbundes ist in der Reichskanzlei unsteuer an Hindenburg gerichtet hat. Dieser Schritt des Deutschen Beamtenbundes ist in der Reichskanzlei unangenehm empfunden worden. Der Reichskanzler läßt erklären, er sei bereit gewesen, die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes auf ihren Wunsch hin zu empfangen, und es berühre ihn merkwürdig, daß noch, ehe seine Antwort an den Deutschen Beamtenbund herausgegangen sei, dieser sich jetzt an den Reichspräsidenten gewandt habe.

Zu den Rücktrittsabsichten um Schiele wird bekannt, daß der Reichslandbund in einem sehr schroff gehaltenen Schreiben jede weitere Zusammenarbeit mit dem Reichsernährungsminister abgelehnt hat. Amtlich ist zu diesem Schreiben allerdings noch nicht Stellung genommen worden.

Do. X nach Berlin unterwegs

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Mai. Das Dornierflugschiff „Do. X" ist heute vormittag 10.20 Uhr in Calshot zum Weiterflug nach Deutschland gestartet. Mit seiner Ankunft auf dem Müggelsee ist zwischen 16 und 17 Uhr zu rechnen. Unmittelbar nach der Landung wird das Flugschiff von den Vertretern des Reichsverkehrsministeriums, der Stadt Berlin und der sonstigen Behörden feierlich begrüßt werden. Die BVG. hat anläßlich der Landung des „Do. X" einen Sonderverkehr nach dem Müggelsee eingerichtet.

Ein aufregender Zwischenfall in Calshot

London, 24. Mai. Als Do. X an der Boje auf der Reede von Calshot festmachen wollte, ereignete sich ein aufregender Zwischenfall. Eine Pinasse der Fliegerstation schleppte das Flugschiff nach der Festmacheboje. Als das Schlepptau losgeworfen war, versuchte ein Mann der Besatzung des Do. X, der auf dem Bug stand, die Boje zu erreichen. Hierbei überschlug er sich und fiel ins Wasser. Er konnte von einem Boot der Fliegerstation gerettet und wieder auf Do. X. abgesetzt werden. In der Zwischenzeit war das Flugschiff von der starken Strömung nahe an die Flugstation herangetrieben worden. Da das Flugboot zu landen drohte, machten die Mechaniker verzweifelte Anstrengungen, um die Motoren wieder anzuwerfen. Dies gelang im letzten Augenblick, als die Do. X nur noch wenige Meter von dem Landeponton entfernt war. Das Flugschiff konnte bald darauf an der Boje festgemacht werden.

Trauerfeier für Fürst Lobkowitz

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Mai. In der Kapelle des St.-Hildegard-Krankenhauses am Reichskanzlerplatz fand heute vormittag unter starker Beteiligung die feierliche Einsegnung der Leiche des beim Avusrennen am Sonntag tödlich verunglückten Fürsten Lobkowitz statt. Der Sarg war unter einer Fülle von Blumen aufgebahrt. Neben den nächsten Angehörigen, der Mutter und der Schwester des Verunglückten sowie sonstigen Verwandten nahmen an der Trauerfeier viele bekannte Persönlichkeiten des Autosports teil, darunter die Rennfahrer v. Morgen, Burggaller, der tschechische Herrenfahrer Pohl, Präsident Kroth vom ADAC., Freiherr v. Brandenstein vom AvD. sowie Dr. Edmund Stinnes als Aufsichtsratsvorsitzender der Avus. Pater Ehring zelebrierte die Messe und segnete die Leiche ein. Im Laufe des heutigen Tages wird der Sarg in die Heimat des Fürsten, nach Schloß Horin in der Tschechoslowakei, übergeführt, wo die Beisetzung in der Familiengruft der Fürsten Lobkowitz erfolgen wird.

Rechtsruck in Estland

Reval, 24. Mai. Am Montag fanden die estländischen Parlamentswahlen nach dreitägiger Dauer ihren Abschluß. Die Ergebnisse laufen infolge der mangelhaften Verbindungen nur sehr langsam ein. Die Wahlbeteiligung betrug in Reval 70 v. H., in der Provinz teilweise bis 80 v. H. Die Wahlen verliefen überall völlig ruhig. Nach Angaben des deutsch-schwedischen Wahlbüros sind in den Städten 11 201 Stimmen gegen 11 777 Stimmen im Jahre 1929 für die deutsch-schwedische Liste abgegeben worden. Dieser Verlust wird jedoch allem Anschein nach auf dem flachen Land ausgeglichen werden, so daß der deutsch-schwedische Wahlblock seinen Bestand von drei Abgeordneten behaupten dürfte. Im allgemeinen macht sich ein starker Ruck nach rechts bemerkbar. Nach vorläufigen Berechnungen dürften die vereinigte Agrarpartei 40 Sitze, die nationale Mittelpartei 23 Sitze und die Sozialdemokraten 21 Sitze erhalten.

Einstellung des Verfahrens gegen Meyer und Beckers?

Kowno, 24. Mai. Der Untersuchungsrichter für besonders wichtige Angelegenheiten, Noviekis, überreichte am Montag das Untersuchungsmaterial gegen Schulrat Meyer und Beckers. Der Staatsanwalt des Kriegsgerichts wird sich nun zu entscheiden haben, ob das Verfahren niederzuschlagen ist oder ob Anklage erhoben werden soll. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, ist das Kriegsgericht wegen der Unzulänglichkeit des Materials eher geneigt, das Verfahren einzustellen.

Der Kurswechsel in Anhalt

Dessau, 24. Mai. Das anhaltische Staatsministerium hat beschlossen, den Regierungspräsidenten Paulick und die Kreisdirektoren Günther (Bernburg) und Heinze (Dessau) bis auf weiteres zu beurlauben. Paulick und Günther sind Sozialdemokraten, Dr. Heinze Staatsparteiler. Sie sind noch in den letzten Tagen der Amtstätigkeit des alten Ministeriums zu Kreisdirektoren befördert worden. Ferner hat das Staatsministerium dem „Anhalter Anzeiger" in Dessau die Amtsblatteigenschaft wiedergegeben, die ihm vom alten Ministerium genommen worden war.

SLUB
Wir führen Wissen.